

Antrag 02/II/2023**Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Berlin: Sozial, klimaneutral, innovativ und für alle bezahlbar**

1 Der Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel
2 ist die große Jahrhundertaufgabe, vor der wir stehen –
3 weltweit und hier in Europa. Es geht um den Erhalt un-
4 serer natürlichen Lebensgrundlagen. Klimaschutz ist des-
5 halb Kernaufgabe der Sozialdemokratie.
6 Die Geschwindigkeit und die Auswirkungen des Klima-
7 wandels zeigen, wie wichtig es ist, die gesamte Trans-
8 formation zu beschleunigen. Dazu bietet der von Bun-
9 deskanzler Olaf Scholz angestoßene Deutschland-Pakt die
10 wesentliche Grundlage. Die SPD Berlin unterstützt daher
11 den Deutschland-Pakt zur Beschleunigung der Transfor-
12 mation in eine klimaneutrale Gesellschaft. Die Amtsinha-
13 ber*innen und Mandatsträger*innen der SPD Berlin wer-
14 den aufgefordert, die Beteiligung ihrer jeweiligen Ebene
15 am Deutschland-Pakt einzufordern und zu fördern, sowie
16 seine Realisierung im Sinne einer nachhaltigen und insbe-
17 sondere sozial gerechten Entwicklung voranzutreiben.
18 Als große europäische Metropole und Deutschlands
19 Hauptstadt muss Berlin dabei auch Verantwortung über-
20 nehmen. Deshalb haben wir uns vorgenommen, Berlin
21 möglichst vor 2040 klimaneutral zu machen. Das Ziel
22 muss sein, die Emission von Treibhausgasen so schnell wie
23 möglich deutlich zu reduzieren.
24 Wir wollen zeigen, dass wir Klimaschutz sozial gestalten
25 können. Fortschritt wagen und ökologische Zeitenwen-
26 de heißt, ein gesellschaftliches Drehmoment herzustellen,
27 das uns den Weg in ein besseres, gesünderes, so-
28 zial gerechteres und ökologisch nachhaltiges Leben öff-
29 net. Die zentrale Generationenaufgabe des Klimaschutzes
30 darf nicht zu der Ungerechtigkeit führen, dass gleichzeitig
31 die Konzerngewinne und die Lebenshaltungskosten der
32 Menschen explodieren. Dazu gehört für uns auch, weiter-
33 hin Energiearmut und Energiesperren zu verhindern. Die
34 Energiewende darf nicht an der sozialen Frage scheitern
35 und umgekehrt. Denn Klimaschutz und soziale Gerechtig-
36 keit gehen nur zusammen. Die SPD muss dabei klare Ori-
37 entierung bieten – die Klimaschutzpolitik ist eine Grund-
38 satzfrage der sozialen Gerechtigkeit. Wir regen deshalb
39 an, das Grundsatzprogramm der SPD zu überarbeiten.
40 Die Klimaziele sind nur durch eine hohe Akzeptanz der Be-
41 völkerung und mit einem Dreiklang aus finanzieller För-
42 derung, Anreizen und stärkerer Regulierung erreichbar.
43 Berlin soll schnell eine klimaneutrale und klimaresiliente
44 Stadt werden und dabei für alle bezahlbar bleiben. Als So-
45 zialdemokratie sehen wir uns in der zentralen Verantwor-
46 tung, die Mobilitätswende, die Transformationsprozesse
47 in der Arbeitswelt und in der Wirtschaft sowie in den an-
48 deren zentralen Lebensbereichen so zu gestalten, dass Kli-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK**

49 Klimaschutz und soziale Absicherung als gemeinsame Ziele
50 gedacht und umgesetzt werden. Wir wollen den Wohlstand
51 in Berlin wahren und den sozialen Frieden sichern.
52 Um die Klimaschutzziele zu erreichen, ist entschlossenes
53 Handeln in vielen Bereichen erforderlich. Wir müssen
54 Berlins Abhängigkeit von fossiler Energie schnellstmöglich
55 überwinden, die Wärmewende entschlossen angehen, den
56 Gebäudesektor energetisch ertüchtigen und die Mobilitätswende
57 voranbringen. Und wir müssen unsere Stadt an ein sich
58 veränderndes Klima – mit höheren Temperaturen, weniger
59 Niederschlag und extremeren Wetterlagen – anpassen. Das
60 alles erfordert hohe Investitionen. Die daraus entstehenden
61 Kosten müssen gerecht und nach Leistungsfähigkeit verteilt
62 werden. Sie dürfen nicht überwiegend auf Mieter*innen und
63 Verbraucher*innen abgewälzt werden. Der Reichtum unserer
64 Industriegesellschaft basiert zu großen Teilen auch auf der
65 Freisetzung von Klimagasen. Es ist folglich nur gerecht, wenn
66 die Verursacher*innen auch zur Bewältigung der entstandenen
67 und entstehenden Folgen herangezogen werden.
68 Die Herausforderungen des Klimawandels und der Energie-
69 wende betreffen insbesondere auch die Industrie, die sich
70 in einem umfangreichen Transformationsprozess befindet.
71 Nur gemeinsam mit einer nachhaltigen Industrie kann das
72 Erreichen der Klimaschutzziele und die Energie- wende
73 gelingen, der Industriestandort Deutschland erhalten und
74 somit der Wohlstand und gute Arbeitsplätze gesichert
75 werden.
76 Die Krisen der letzten Jahre, vor allem aber der russische
77 Angriffskrieg auf die Ukraine haben den Druck auf die
78 Energiepreise erhöht. Das betrifft besonders die energieintensive
79 verarbeitende Industrie, die nicht nur auf verlässliche und
80 bezahlbare Energie angewiesen ist, sondern auch den Weg zu
81 einer CO₂-neutralen Produktion z.B. durch Einführung
82 intelligenter und effizienter Maßnahmen zur Verringerung
83 des Prozessenergieverbrauchs, zügiger angehen muss. Wir
84 werden die Berliner Wirtschaftsakteure – sowohl im Handwerk
85 als auch in der Industrie – bei der notwendigen
86 Transformation unterstützen und damit qualifizierte
87 Arbeitsplätze und unseren zukünftigen Wohlstand sichern.
88 In diesem Prozess werden wir die Gewerkschaften eng
89 einbinden und bauen auf Instrumente der Mitbestimmung
90 in den Betrieben.
91 Klimaschutz ist Teil der Daseinsvorsorge und darf nicht
92 finanziell schwächer gestellte Bürger*innen erheblich belasten.
93 Beim Klimaschutz müssen wir die Menschen mitnehmen,
94 ihre Sorgen und möglichen Ängste ernst nehmen und ihnen
95 ihre Zukunftschancen aufzeigen. Klimaschutz begreifen wir
96 auch als Chance und wollen die Berliner* dafür gewinnen.
97 Energiekosten für Verbraucher*innen können langfristig
98 sinken, zukunftsfeste und sichere Arbeitsplätze entstehen
99 und können damit auch für einen wachsenden Wohlstand
100 sorgen. Zeitgleich ist es

102 für uns essenziell, dass Klimaschutzmaßnahmen soziale
103 Missstände nicht entstehen lassen oder bestehende Miss-
104 stände verschärfen.

105 Wir verstehen Klimaschutz als größte soziale Aufgabe un-
106 serer Zeit. Die Ärmsten der Armen leiden am meisten un-
107 ter den Folgen der Klimakrise und werden künftig noch
108 stärker leiden. Die Kosten des Klimaschutzes müssen so
109 verteilt werden, dass die, die bereits wenig haben, nicht
110 mehr bezahlen. Staatliche Förderungen müssen da an-
111 kommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Es
112 kann und muss uns immer um sozial gerechten Klima-
113 schutz gehen. Der Klimaschutz ist die Gerechtigkeitsfrage
114 unserer Zeit.

115

116 **Sondervermögen für Investitionen in Klimaschutz, Resili-** 117 **enz und Transformation**

118

119 Mit dem vereinbarten Sondervermögen „Klimaschutz, Re-
120 silienz und Transformation“ schaffen wir die finanziellen
121 Möglichkeiten, die notwendigen Investitionen zu stem-
122 men, damit Berlins Weg zur klimaneutralen Stadt be-
123 schleunigt werden kann. Zunächst können über das Son-
124 dervermögen bis zu fünf Milliarden Euro aufgenommen
125 werden. Nach einer Evaluation Ende 2024 können weite-
126 re bis zu fünf Milliarden Euro dem Sondervermögen zuge-
127 führt werden. Damit stehen bis zu zehn Milliarden Euro
128 zur Verfügung. Die eingesetzten öffentlichen Mittel wer-
129 den eine Hebelwirkung entfalten und so weitere private
130 Investitionen in Klimaschutz und Transformation generie-
131 ren. Das Sondervermögen ist maßgeblich von der SPD vor-
132 angetrieben worden. Es ist in seiner Struktur und Höhe
133 bundesweit einmalig und beispielgebend. Berlin kann so
134 zur Vorreiterin der urbanen Klimawende werden.

135 Mit dem Sondervermögen soll die Abhängigkeit von fos-
136 silen Energieträgern schnellstmöglich überwunden, Ener-
137 gie eingespart, die Transformation der Energieversorgung
138 auf CO₂-neutrale Energiequellen beschleunigt und die
139 Infrastruktur der Daseinsvorsorge resilienter aufgestellt
140 werden. Die Maßnahmen, die über das Sondervermögen
141 finanziert werden, sollen sich auf die Handlungsfelder Ge-
142 bäudesektor, Energieerzeugung und -versorgung, Mobi-
143 lität sowie Transformation der Wirtschaft konzentrieren.
144 Außerdem wollen wir das Sondervermögen nutzen, um
145 Berlins Klimaresilienz zu erhöhen und Klimafolgenanpas-
146 sungen vorzunehmen. Neben Zuschüssen wollen wir auch
147 das Angebot von Krediten und Bürgschaften prüfen, die
148 helfen, eine kostengünstige Quartiersversorgung mit er-
149 neuerbaren Energien aufzubauen.

150 Als SPD möchten wir die Schwerpunkte beim Sonderver-
151 mögen auf die öffentliche Daseinsvorsorge legen, die ei-
152 nen erheblichen Beitrag leisten kann, Berlin möglichst
153 schnell klimaneutral zu machen. Das Sondervermögen
154 ist zur Finanzierung neuer und zusätzlicher Klimaschutz-

155 maßnahmen zu nutzen. Eine Finanzierung bereits geplan-
156 ter Klimaschutzmaßnahmen durch das Sondervermögen,
157 um den regulären Haushalt zu entlasten, lehnen wir ab.
158 Wir sind davon überzeugt: Ein beschleunigtes Erreichen
159 der Klimaschutzziele rechtfertigt eine Kreditaufnahme
160 über ein Sondervermögen, denn die Klimakrise ist eine au-
161 ßergewöhnliche Notsituation. Der notwendige Kampf ge-
162 gen den Klimawandel darf nicht zulasten des Sozialstaats
163 gehen. Klimaschutz ist auch eine Verteilungsfrage, denn
164 die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung sind ge-
165 meinsam für so viel Treibhausgasausstoß verantwortlich
166 wie die ärmste Hälfte der Bevölkerung.

167

168 **Emissionsfreie Fernwärme - dafür holen wir die Wärme**
169 **zurück!**

170

171 Die kommunale Wärmeplanung, die wir bis 2026 auf den
172 Weg bringen wollen, wird für uns entscheidend sein, um
173 die Klimaneutralität sozialverträglich erreichen zu kön-
174 nen. Die Wärmeplanung wird gemeinsam mit den Trägern
175 der Infrastruktur erstellt. Aus der Wärmeplanung wird klar
176 hervorgehen, in welchen Quartieren der Stadt langfristig
177 welche Arten der Wärmeversorgung möglich sein werden.
178 Damit wollen wir den Berliner*innen mehr Klarheit und
179 Sicherheit bei den zukünftigen Möglichkeiten ihrer Wär-
180 meversorgung geben.

181 Von den denkbaren Optionen zur Wärmeversorgung ha-
182 ben für uns CO₂-freie Fern- und Nahwärmenetze Priori-
183 tät. Die Primärenergie für die Wärmenetze wird vorran-
184 gig aus überschüssigem Windstrom, Geothermie, Groß-
185 wärmepumpen, Flusswärme, Abwasserwärme und indus-
186 trieller Abwärme kommen. Auch die Wärme aus Biomas-
187 se und Müllverbrennung wird genutzt, auch wenn diese
188 langfristig weniger zur Verfügung stehen werden.

189 Wir setzen uns daher dafür ein, dass das Land Berlin
190 gemeinsam mit starken industriellen Partnern das Fern-
191 wärmenetz inklusive der Wärmekraftwerke erwirbt und
192 mindestens die Mehrheit kontrolliert: Wir holen die Wär-
193 me nach Hause! Ziel ist es, den Anteil erneuerbarer En-
194 ergien in der Fernwärmeversorgung schnell zu erhöhen
195 und deutlich vor 2045 eine emissionsfreie Fernwärme-
196 versorgung zu erreichen. Um die Anschlussquote an die
197 Fernwärme zu erhöhen, wollen wir Förderprogramme des
198 Bundes für Betreiber konsequent nutzen und die Ein-
199 führung von Landesförderungen prüfen. Die Fernwärme
200 muss auch für die Verbraucher*innen attraktiv sein und
201 faire Preise bieten.

202 Wir fordern auch einen mehrheitlichen Einstieg des Lan-
203 des Berlin bei der GASAG, um eine schnelle Dekarboni-
204 sierung politisch steuern und das Gasnetz z.B. für ein
205 Wasserstoffleitungssystem zu ertüchtigen. Auch die Nut-
206 zer*innen des Berliner Gasnetzes erhalten mit der kom-
207 munalen Wärmeplanung Verlässlichkeit und Planungssi-

208 cherheit. Aus unserer Sicht ist dies aus der Rolle des (Mit-
209)Eigentümers am besten zu gewährleisten.

210 Die Reform des Gebäudeenergiegesetzes war trotz der
211 stürmischen Entstehung und der notwendigen politi-
212 schen Kompromisse ein bedeutender Schritt für die Wär-
213 meweende in Deutschland. Die Kappung der Umlage für
214 den Einbau von neuen Heizungen auf 50 Cent pro Qua-
215 dratmeter ist ein wichtiger sozialdemokratischer Erfolg,
216 der zeigt, wie sozial gerechte Klimaschutzpolitik funk-
217 tionieren kann. Als Mieter*innen-Stadt mit einem aufge-
218 heizten Mietmarkt ist dies gerade für Berlin von zentra-
219 ler Bedeutung. Daher müssen wir, über die Bundesrege-
220 lung hinausgehend, Mieter*innen vor hohen Energiekos-
221 ten schützen. Heizungen, die zwar klimaneutral sein kön-
222 nen, nicht jedoch energieeffizient sind, belasten einseitig
223 Mieter*innen. Daher setzen wir uns für ein Verbot erwie-
224 senermaßen ineffizienter Heizsysteme ein. Stromdirekt-
225 heizungen sollen zukünftig nur noch für Häuser im Passiv-
226 hausstandard mit begrenzter, niedriger Leistung geneh-
227 migt werden.

228

229 **Gebäude sanieren - sozial gerecht**

230

231 Der Gebäudesektor ist für einen Großteil der Emissionen
232 in unserer Stadt verantwortlich. Daher muss der Gebäude-
233 sektor einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende er-
234 bringen, da sonst Klimaneutralität kaum erreichbar ist.
235 Dies gilt auch für den öffentlichen Gebäudebestand. Die
236 durch den russischen Angriffskrieg verursachten hohen
237 Energiekosten machen Energieeinsparungen zusätzlich
238 notwendig. Deshalb muss ein Schwerpunkt der über das
239 Sondervermögen finanzierten Maßnahmen im Gebäude-
240 sektor liegen, zum Beispiel bei den Gebäuden in Landes-
241 besitz. Hier ist neben der Dekarbonisierung der Wärme-
242 versorgung die Senkung des Wärmebedarfs ein Schwer-
243 punkt. Darüber hinaus wird die Kühlung von Gebäuden
244 eine zunehmende Herausforderung darstellen. Abwärme
245 muss effizient genutzt werden. Diese Maßnahmen müs-
246 sen sozialverträglich und praxistauglich gestaltet werden.
247 Wir setzen uns für eine sozial gerechte Wärmewende ein,
248 die sicherstellt, dass niemand aufgrund finanzieller Be-
249 lastungen von den notwendigen Maßnahmen zur Dekar-
250 bonisierung der Wärmeversorgung ausgeschlossen wird.
251 Deswegen muss die Wärmewende von umfassenden För-
252 derprogrammen sowie klaren und fairen Härtefallrege-
253 lungen begleitet werden, die insbesondere einkommens-
254 schwächere Haushalte entlasten. Zudem setzen wir uns
255 für die Förderung von genossenschaftlichen und gemein-
256 wohlorientierten Ansätzen ein, die die Umsetzung von
257 Wärmeprojekten auf lokaler Ebene erleichtern. Diese Mo-
258 delle können zur gerechten Kostenverteilung und Stär-
259 kung von Nachbarschaften beitragen.

260 Eine höhere Rate energetischer Gebäudesanierung ist un-

261 umgänglich und nur mit dem Dreiklang aus Anreizen, För-
262 derung und gesetzlicher Regulierung erreichbar. Deswe-
263 gen sollte zuerst die Sanierung von Quartieren mit einem
264 hohen Anteil finanzschwacher Haushalte im Vordergrund
265 stehen. Bei denkmalgeschützten Gebäuden muss in je-
266 dem Einzelfall ein Weg für eine klimaneutrale und wirt-
267 schaftlich vernünftige Wärmeversorgung gefunden wer-
268 den. Um Emissionen zu sparen, werden wir vermehrt auf
269 Bestandsgebäude für neue Nutzungen des Wohnens, der
270 Wissenschaft und Forschung oder der Wirtschaft zurück-
271 greifen. Um dies zu ermöglichen, werden wir die Regelun-
272 gen des Denkmalschutzes neu überdenken und auf das
273 Wesentliche reduzieren: das Alte zu bewahren, ohne das
274 Neue zu verhindern.

275 Umfassende energetische Sanierungen sind teuer. Daher
276 kommt es besonders hier auf starken Mieter*innenschutz
277 an, indem die Kosten sozialverträglich aufgefangen wer-
278 den und nicht zu drastischen Mietererhöhungen führen.
279 Aktuelle Programme wie z.B. „soziale Wohnraummoder-
280 nisierung“ oder „Effiziente GebäudePlus“ sind ein Bau-
281 stein, müssen aber massiv ausgebaut werden.

282 Klimaschutz und bezahlbares Wohnen wird dabei nur mit
283 einem breit angelegten Förderprogramm möglich sein,
284 das Darlehen und Zuschüsse im Gegenzug für Mietpreis-
285 bindungen anbietet. Hierfür wird die SPD Berlin sich für
286 ein neues Förderprogramm „Klima- und Mieterschutz“
287 einsetzen, das im Sondervermögen einen Schwerpunkt
288 darstellen wird. Das Förderprogramm soll für alle sa-
289 nierungsbedürftigen Bestandswohnungen zur Verfügung
290 stehen. Es soll auch für Wohngebäude mit hohem Wär-
291 mebedarf, Großsiedlungen, Gründerzeit- und denkmalge-
292 schützte Gebäude ausreichende Förderkonditionen bie-
293 ten, mit denen die Miete – auch für barrierefreie Gebäu-
294 de – bezahlbar bleibt, da deren Vollsanieung oft nur mit
295 hohem finanziellem Aufwand zu erreichen ist. Für die en-
296 ergetische Gebäudesanieung auch von Eigenheimen soll
297 die Beratung gestärkt werden.

298 Für Berlin als Mieter*innenstadt ist eine sozial gerechte
299 Klimaschutzpolitik, die Mieter*innen vor hohen Energie-
300 kosten schützt, von zentraler Bedeutung. So tragen bis-
301 her die Mieter*innen ihre Wärmekosten fast vollständig
302 allein. Auf die Wahl der Heizungsart, den energetischen
303 Zustand des Gebäudes oder geplante energetische Sanie-
304 rungen, die die Kosten aber weitgehend bestimmen, ha-
305 ben sie bisher keinen Einfluss. Die Interessen von Mie-
306 ter*innen müssen bei energetischen Sanierungen berück-
307 sichtigt werden.

308 Wir werden uns für Sanierungspflichten im Bestand ein-
309 setzen und Sanierungsmaßnahmen aus dem Sonderver-
310 mögen fördern. Dies gilt insbesondere für die Sanierungs-
311 pflichten, die in Kürze durch die EU für die ineffizientes-
312 ten Gebäude in Kraft gesetzt werden. Wir gehen nach dem
313 Worst-First-Ansatz vor: Die effizientesten Teilsanierungen

314 der ineffizientesten Gebäude haben Vorrang. Durch ein
315 Beratungsangebot „Energiespar-Check“ sollen finanziell
316 bedürftige Haushalte neben der Stromsparberatung auch
317 Tipps zur Wärmeeffizienz bekommen und konkrete Hil-
318 fen durch handwerkliche Unterstützung und Energiespar-
319 maßnahmen im geringinvestiven Bereich erhalten.
320 Klimaschutz darf nicht zur Verdrängung von Mieter*innen
321 führen. Die Förderprogramme des Landes werden auf das
322 Ziel einer weitgehenden Warmmietenneutralität ausge-
323 richtet. Das neue Berliner Förderprogramm für sozialver-
324 träglichen Klimaschutz im Wohnungsbestand wird wei-
325 terentwickelt und aufgestockt.
326 Berlin braucht einen neuen Flächennutzungsplan, in dem
327 die Belange des Klimaschutzes, der Klimafolgenanpas-
328 sung und des Natur- und Artenschutzes als verpflich-
329 tendes Ziel in die Stadtentwicklung integriert werden.
330 Bauen und Umweltschutz müssen Hand in Hand gehen.
331 Beim Umweltschutz im Baubereich sollte der Fokus auf
332 der Anwendung der Solar- und Windenergietechnik, bei
333 ambitionierten Vorgaben bezüglich Versickerung, Grün-
334 dächer und -fassaden, Regenwassermanagement sowie
335 beim Einsatz von Holz, von anderen nachwachsenden
336 Rohstoffen z. B. bei der Dämmung und Recyclingmateria-
337 lien als Baustoffe liegen. Dabei müssen wir auch das mo-
338 dulare Bauen stärken.
339 Neben den Wohngebäuden sind auch die öffentlichen
340 Gebäude von einem enormen Sanierungsstau betroffen.
341 Deshalb liegen in der energetischen Sanierung von z.B.
342 Hochschulen und Krankenhäusern ein enormes Poten-
343 zial zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung. Zu-
344 gleich müssen die Gebäude der öffentlichen Grundversor-
345 gung vordringlich auf die Klimafolgenanpassung vorbe-
346 reitet werden, dazu zählen Maßnahmen zur Isolierung,
347 Kühlung und Verschattung von öffentlichen Gebäuden so-
348 wie die Modernisierung der Anlagentechnik.
349 Politik und Verwaltung gewinnen mehr Spielraum und
350 Entscheidungshoheit, je mehr die Stadt bzw. die Bezir-
351 ke selbst über Grund und Boden verfügen und entschei-
352 den können. Flächen können selbst entwickelt werden,
353 ohne dass Dritte entscheiden können, wie und wann das
354 geschieht. Daher ist neben dem Ankauf von Wohnraum
355 der Ankauf von Boden weiter zu fokussieren. Ankauffonds
356 müssen für den Senat, aber auch für die Bezirke zur Verfü-
357 gung stehen, um so Freiflächen, Wohnflächen, Ausgleichs-
358 flächen oder auch Flächen für Kleingartenanlagen zu si-
359 chern. Ziel soll dabei sein, dass Senat und Bezirke mehr
360 über eigene Entwicklungen in unserer Stadt entscheiden
361 können.
362
363 **Neubau klimaneutraler Quartiere mit hoher Lebensquali-**
364 **tät**
365
366 Beim Neubau muss es unser Ziel sein, klimaneutrale Quar-

367 tiere mit einer hohen Lebens- und Aufenthaltsqualität zu
368 bauen, die an die Folgen des Klimawandels angepasst
369 sind – mit viel Grün- und Wasserflächen, möglichst wenig
370 Versiegelung, Dach- und Fassadenbegrünung, verschatte-
371 ten öffentlichen Plätzen und Rückzugsräumen für Wild-
372 tiere. Wir wollen, dass ab 2030 in Berlin netto keine wei-
373 teren Flächen mehr versiegelt werden und zusätzlich die
374 Entsiegelung ganzstädtisch vorantreiben. Effiziente und
375 sparsame Wohnungsgrundrisse verringern den Flächen-
376 verbrauch, führen zu niedrigen Kaltmieten und vermin-
377 dern den Energiebedarf und damit die Warmmiete.

378 Nachhaltiges Bauen bedeutet auch, dass die Gebäude und
379 Wohnungen für alte und kranke Menschen, für Famili-
380 en mit Kleinkindern und für Menschen mit Behinderun-
381 gen nutzbar sind und allen die gleichen Gesundheitschan-
382 cen bieten. Mit Blick auf die demografische Entwicklung
383 und dem zunehmenden Bedarf an barrierefreiem Wohn-
384 raum ist Bauen mit Barrieren mittelfristig unwirtschaft-
385 lich. Um Versorgungslücken zu schließen, wollen wir Neu-
386 bauwohnungen in der Regel barrierefrei errichten, bei Sa-
387 nierungen streben wir Barrierefreiheit an. Erforderlich ist
388 außerdem eine barrierefreie Infrastruktur in den jeweili-
389 gen Stadtquartieren.

390 Neue Quartiere sollen zu weiten Teilen in Holzbauwei-
391 se entstehen, die mindestens dem KfW-40-Standard ent-
392 sprechen oder als Passivbauten errichtet werden. Für die
393 Versorgung mit erneuerbaren Energien und -erzeugung
394 ist ein Quartiersansatz zu verfolgen, der auch auf Nahver-
395 sorgungsnetze, insbesondere bei der Wärme setzt. Ebenso
396 muss ein nachhaltiges Verkehrs-, Logistik- Versorgungs-
397 konzept zur Anwendung kommen.

398 Darüber hinaus wird sich die SPD Berlin dafür einsetzen,
399 ein „Förderprogramm zur Kohlenstoffspeicherung im
400 Baustoff“ aufzulegen, mit welchem jede gespeicherte
401 Tonne CO₂ mit einem entsprechenden Betrag gefördert
402 wird.

403 In absehbarer Zeit wird unsere Stadt auf vier Millionen
404 Berlinerinnen und Berliner anwachsen. Die Entwicklung
405 neuer Quartiere muss deshalb enger mit der Planung
406 des öffentlichen Nahverkehrs verzahnt werden. Wir un-
407 terstützen die Vision einer Expressmetropole der BVG, die
408 aufzeigt, wie neue Stadtquartiere und insbesondere die
409 Außenbezirke in den kommenden Jahrzehnten besser an-
410 gebunden werden können. Dabei setzen wir besonders
411 auf den Schienenausbau, um Pendlerströme mit dem Au-
412 to effektiv zu reduzieren und auch möglichst vielen Pend-
413 lerinnen und Pendler den Umstieg auf den öffentlichen
414 Nahverkehr zu ermöglichen oder diesen attraktiver zu ma-
415 chen.

416 Damit durch den erforderlichen Neubau nicht unnötiger
417 zusätzlicher motorisierter Individualverkehr entsteht, ist
418 sicherzustellen, dass eine zeitgleiche Planung des dazu-
419 gehörigen ÖPNV erfolgt. Hierfür müssen übergangsweise

420 kurzfristig neu entstandene Quartiere mit z.B. Kiezbussen
421 angebunden werden, um eine Alternative zum PKW so-
422 fort zu etablieren. Ebenso wollen wir insgesamt eine bes-
423 sere Anbindung der Wohn- und Gewerbegebiete außer-
424 halb der Innenstadt an das Schienennetz durch Kiezbusse
425 und durch engere Takte bei S-, U- und Straßenbahnen er-
426 reichen. Dazu ist das Sondervermögen „Klimaschutz, Re-
427 silienz und Transformation“ zur Finanzierung der zusätz-
428 lichen Investitionen zu nutzen. Auch neue Gewerbege-
429 biete müssen möglichst klimafreundlich, CO2-neutral und
430 nachhaltig entwickelt werden.

431

432 **Mobilitätswende voranbringen**

433

434 Bisher ist im Bereich Mobilität eine Reduzierung klima-
435 schädlicher Emissionen nicht gelungen. Seit 1990 ist der
436 Treibhausgasausstoß des Verkehrssektors global um fast
437 80 Prozent angestiegen – so stark wie in keinem ande-
438 ren Sektor. Wir wollen die Mobilitätswende! Sie vereint die
439 Verkehrswende mit der Energie- und Antriebswende und
440 bezieht den Aspekt der Stadtentwicklung und -gestaltung
441 mit ein.

442 Die Mobilitätswende senkt den Energieverbrauch, ohne
443 die Mobilität einzuschränken. Dazu werden wir die De-
444 karbonisierung, den Ausbau und die Beschleunigung der
445 Busverkehre massiv fördern, die Verlagerung des Perso-
446 nenverkehrs von der Straße auf Schiene und Radwege
447 entschieden vorantreiben und die Dekarbonisierung des
448 Individual- und des Wirtschaftsverkehrs gezielt unterstüt-
449 zen. Außerdem ist dazu eine erleichterte Anordnung von
450 Bussonderfahrstreifen unerlässlich. Wir unterstützen da-
451 her, dass das Land Berlin gemeinsam mit anderen Bun-
452 desländern einen Vorschlag zur Änderung der Straßenver-
453 kehrsordnung erarbeitet und dem Bundesministerium für
454 Digitalisierung und Verkehr übermittelt hat.

455 Um die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die
456 Schiene in der Metropolregion zu erreichen, muss die ge-
457 meinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg gestärkt
458 werden. Darüber hinaus kann der Klimavorteil der Schie-
459 ne durch Elektrifizierung weiter erhöht werden. Ziel ist ei-
460 ne Vollelektrifizierung des Schienennetzes bis 2040. Berlin
461 und Brandenburg sollen sich in den Bund-Länder-Gremien
462 für eine Senkung der überhöhten Trassenpreise bei der
463 Nutzung der Schiene in Deutschland einsetzen.

464 Im Bereich des Personenverkehrs muss die Umsetzung des
465 Projekts i2030, der Ausbau der Schieneninfrastruktur in
466 Berlin und Brandenburg, beschleunigt werden.

467 Auch den Güterverkehr möchten wir stärker auf die Schie-
468 ne verlagern. Dazu braucht es mehr dezentrale inner-
469 städtische Schienenlogistikzentren, Flächen und Gleisan-
470 schlüsse, um die Verlagerung zu ermöglichen. Außerdem
471 sind im gesamten Stadtgebiet Mikro-Depots vorzusehen
472 und der Lastenrad-Lieferverkehr auf der letzten Meile aus-

473 zubauen. Die BEHALA als landeseigenes Logistikunterneh-
474 men ist für eine flächendeckende Versorgung der Stadt
475 auf der Schiene und die Verteilung der Güter auf emissi-
476 onsfreie stadtverträgliche Fahrzeuge auf der Straße aus-
477 zubauen.

478 Wir setzen uns für den Erhalt von Häfen und Wasser-
479 wegen ein. Zur spürbaren Reduzierung von Emissionen
480 und Lärm sowie gegen Gewässerverunreinigung sollen
481 die Gewässer Berlins bis möglichst 2040 frei von Antrie-
482 ben mit fossilen Brennstoffen sein. Wir werden das Po-
483 tenzial der Berliner Wasserstraßen zur Nutzung für weite-
484 re Transporte von Personen und Gütern auf den Wasser-
485 wegen prüfen und entsprechende Maßnahmen umset-
486 zen. Darüber hinaus sollen dazu passend die Anlegestel-
487 len für den Personen- und Güterverkehr nutzbar gemacht
488 werden und an geeigneten Standorten mit E-Ladetechnik,
489 Cargo-, Bike- und Packstationen und Microdepots, etc.,
490 ausgestattet werden.

491 Für den Klimaschutz hat auch der zügige Ausbau eines lü-
492 ckenlosen und sicheren Rad- und Fußverkehrsnetzes in-
493 nerhalb des gesamten Stadtgebietes eine große Bedeu-
494 tung, vor allem auch die sichere und schnelle Anbindung
495 der S- und U-Bahnhöfe. Hierbei ist für uns das Berliner
496 Mobilitätsgesetz handlungsleitend. Wir setzen uns für ei-
497 ne zügige Umsetzung der Fahrradschnelltrassen und Rad-
498 wegen ein. Eine gute Infrastruktur sorgt dafür, dass mehr
499 Menschen zu Fuß gehen oder mit dem Rad fahren.

500 Bei allen Verkehrsplanungen muss Barrierefreiheit zur un-
501 verzichtbaren Voraussetzung werden. Eine besondere Rol-
502 le muss hierbei neben dem konsequenten weiteren bar-
503 rieriefreien Ausbau des ÖPNV eine entsprechende Planung
504 der Fußwege spielen. Fußverkehr ist nicht nur eine nach-
505 haltige, emissionsfreie Form der Fortbewegung, sondern
506 trägt auch zur Förderung der Gesundheit und Verbesse-
507 rung der Lebensqualität in unseren Städten bei. Wir set-
508 zen uns deswegen dafür ein, die Bedingungen für Fußgän-
509 ger*innen zu verbessern, indem wir sichere und attrak-
510 tive Fußwege, barrierefreie Umgebungen und eine infra-
511 strukturelle Anbindung an andere Verkehrsträger fördern.
512 Dazu zählt auch eine Anpassung der Ampelschaltungen
513 stadtweit, die konsequent aus Sicht der Fußgänger*innen
514 und Menschen mit zum Beispiel Gehhilfen geplant sein
515 muss.

516 Attraktive Tarifangebote können die Wirkung eines Um-
517 stiegs auf den ÖPNV verstärken. Deshalb halten wir an un-
518 serem Vorhaben fest, für Berlin ein 29-Euro-Ticket einzu-
519 führen als preiswerte Alternative zum Deutschlandticket.
520 Wir setzen uns dafür ein, dass für größere Fahrzeuge hö-
521 here Parkgebühren erhoben werden können. Im Umland
522 und in den Berliner Außenbezirken sind flexible ÖPNV –
523 Angebotsformen aber auch Park & Ride – und Bike & Ri-
524 de – Anlagen auszuweiten. Wir werden diesbezüglich mit
525 Brandenburg übergreifende Angebote schaffen.

526 Um die Aufenthalts- und Lebensqualität zu erhöhen und
527 für insgesamt mehr Verkehrssicherheit zu sorgen, möch-
528 ten wir Flächen gerechter verteilen. Geschwindigkeits-
529 begrenzungen sind eine wirksame und kostengünstige
530 Maßnahme, um die Emissionen zu verringern. Daher
531 brauchen wir deutlich mehr Tempo-30-Zonen innerhalb
532 des gesamten Stadtgebietes. Darüber hinaus wollen wir
533 Anreize setzen, dass immer mehr Menschen das Auto mit-
534 einander teilen, über Fahrgemeinschaften, Taxis, stationä-
535 re Car-Sharing Angebote und Apps, die es ermöglichen,
536 dass Nachbar*innen ein Auto gemeinsam nutzen.

537 Wir bekräftigen unsere Beschlusslage zur Autobahn A100
538 und streben einen qualifizierten Abschluss des im Bau
539 befindlichen 16. Bauabschnitts an. Wir wirken auf eine
540 schnelle Streichung des 17. Bauabschnitts hin.

541 Die Umstellung der Fahrzeuge auf klimaneutrale al-
542 ternative Antriebe ist eine wichtige Maßnahme, CO2-
543 Emissionen im Verkehrssektor zu reduzieren. Wir unter-
544 stützen kleine Unternehmen im Sozialen Sektor bei der
545 Umstellung des Fuhrparks auf reine Elektrofahrzeuge. Die
546 Ladeinfrastruktur ist so auszubauen, dass sie der Ver-
547 kehrswende (z.B. einer Neuverteilung der öffentlichen Flä-
548 chen) nicht entgegensteht. Wichtige Bausteine sind die
549 Ausstattung der Tankstellen mit Ultra-Schnellladesäulen
550 und die Ausstattung von großen öffentlich zugänglichen
551 Parkplätzen und Parkhäusern mit Ladepunkten. Dabei ist
552 auch ein barrierefreier Zugang zu gewährleisten.

553 Nicht unerheblich sind die Treibhausgasemissionen des
554 Flugverkehrs am BER. Hier muss mehr Verkehr auf die
555 Schiene verlagert werden. Das Nachtzugsystem hat sich
556 mit einigen neuen Verbindungen in den vergangenen
557 zwei Jahren gut entwickelt und muss weiter gestärkt wer-
558 den. Wir wollen Berlin zu einem europäischen Nachtzug-
559 drehkreuz machen. Nachtzüge sollten als Klimaschutz-
560 maßnahme von Trassenpreisen und der Mehrwertsteu-
561 er befreit werden. Zudem müssen Fernbahnanbindungen
562 nach Polen dringend verbessert werden. In Brüssel set-
563 zen wir uns für die Einführung eines 99-Euro-Tickets ein,
564 das für eine einfache Zugreise (Hin- oder Rückfahrt) durch
565 ganz Europa gilt. Wir setzen uns dafür ein, dass Berlin
566 sich in den Bund-Länder-Gremien für den Abbau der Wett-
567 bewerbsverzerrungen zu Gunsten des Flugverkehrs stark
568 macht.

569

570 **Klimaschutz ist Wohlstandsgarant – Berlins Wirtschaft**
571 **modernisieren**

572

573 Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirt-
574 schaft findet bereits statt. Sie ist Herausforderung und
575 Chance zugleich und umfasst auch die Digitalisierung und
576 Automatisierung von immer mehr Lebens- und Arbeits-
577 bereichen. Märkte, Produkte und Dienstleistungen verän-
578 dern sich im Zuge dieser Transformation. Ganze Branchen

579 wie der Sektor der Energieerzeugung, der Mobilitätsbe-
580 reich und die industrielle Fertigung, aber auch Bauwirt-
581 schaft, Landwirtschaft, Tourismus sind dem schnellen und
582 tiefgreifenden Wandel unterworfen und damit auch der
583 Arbeitsmarkt.

584 Technologien der Transformation und Erneuerbare Ener-
585 gien sind die Zukunft unserer Wirtschaft, Klimaschutz
586 ist auch Wohlstandsgarant und bietet Wachstumspoten-
587 zial. Klimaschutz und Klimafolgenanpassung benötigen
588 entschlossenes Handeln auf der Grundlage von Wissen:
589 Wir werden Berlin zu einem weltweiten Zentrum der
590 Klima- und Klimafolgenforschung entwickeln, wie wir es
591 gemeinsam mit dem Land Brandenburg mit dem Clima-
592 te Chance Center bereits begonnen haben. Diese neu-
593 en Erkenntnisse „Made in Berlin“ werden uns helfen, die
594 Jahrhundertausforderung der Klimakrise zu bewälti-
595 gen. Die exzellente Wissenschaftslandschaft des Landes
596 Berlin entwickelt bereits heute die Grundlagen und hat
597 sich zu einem Motor der Innovationen entwickelt und
598 sichert den Wissenstransfer in die Wirtschaft. Die Berli-
599 ner Industrie kann mit dem Umfeld einer hervorragen-
600 den Forschungs- und Wissenschaftslandschaft auf dem
601 Weg zu einer CO2-neutralen Produktion Innovations- und
602 Umsetzungstreiber sein. Wir unterstützen den Wissens-
603 transfer zwischen unseren Hochschulen und außeruniver-
604 sitären Forschungseinrichtungen und den Berliner Unter-
605 nehmen und fördern gezielt Transferaktivitäten und Aus-
606 gründungen. Wir haben hier in Berlin einen starken Grün-
607 der*innengeist, ein vitales Startup-Ökosystem sowie den
608 politischen Willen, Rahmenbedingungen zu gestalten und
609 Experimentierräume zu ermöglichen.

610 Die Zusammenarbeit mit Brandenburg bleibt für die
611 industrielle Entwicklung Berlins und den Wohlstand
612 in der Region essenziell. Die Metropolregion Berlin-
613 Brandenburg ist schon heute eine Region mit einem vor al-
614 lem in Brandenburg produziertem hohen Anteil an Erneuerbaren Energien – Tendenz steigend. Brandenburg ist mit seiner Industrietradition, wichtigen neuen Ansiedlungen
615 zum Beispiel im Bereich der E-Mobilität und dem Fokus
616 auf Erneuerbare Energien für Berlin eine nahezu kongeniale Partnerregion. CO2-neutrale Produktion ist in Berlin-
617 Brandenburg möglich und damit hat die Metropolregion einen Standortvorteil. Unser Ziel ist eine länderübergreifende Industriestrategie mit einer gemeinsamen institutionellen Steuerung durch Berlin und Brandenburg.
618 Neben den Clusterstrategien beider Länder bilden Initiativen wie zum Beispiel der Innovationskorridor Berlin-
619 Lausitz und das Regionale Transformationsnetzwerkes für die Fahrzeugindustrie Berlin-Brandenburg (ReTraNetz BB)
620 wichtige länderübergreifende industrielle Initiativen, die
621 wir einbinden und uns für eine Verstärkung einsetzen
622 wollen.

631 Wenn wir erreichen wollen, dass diese Transformation als

632 großer, chancenreicher Veränderungsprozess wirkt, dann
633 sind verlässliche Regeln, Unterstützung des Wandels und
634 eine aktive Rolle des Staates notwendig. Tarifverträge von
635 starken Gewerkschaften und starken Arbeitgeberverbän-
636 den bleiben das flexibelste und gerechteste System zur
637 Gestaltung von Arbeit und Qualifizierung. Wir werden
638 deshalb alles tun, die Tarifbindung zu stärken und kämp-
639 fen gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine sozial
640 gerechte Transformation.

641 Berlin weist dank einer sehr vielfältigen Branchenmi-
642 schung und einer guten Ansiedlungspolitik seit Jahren
643 ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum auf und
644 steht besser da als viele andere Bundesländern. Es ist jetzt
645 wichtig, diese Entwicklung weiter zu unterstützen, die in-
646 dustrielle Transformation und die damit einhergehende
647 Energie-, Mobilitäts- und Klimawende sozial gerecht zu
648 gestalten und so zur weiteren (Re-) Industrialisierung der
649 Region und ganz Ost-Deutschlands beizutragen.

650 Die Satzungen der Wirtschaftsfördergesellschaften müs-
651 sen auf die Erfordernisse des Klimawandels und der von
652 Berlin beschlossenen Klimaziele angepasst werden. Die
653 von Steuergeldern finanzierten Wirtschaftsfördergesell-
654 schaften Berlins müssen im Beteiligungsbericht des Lan-
655 des Berlin nachweisen, wie sie die beschlossenen Klima-
656 ziele des Landes Berlin bei der Wirtschaftsförderung be-
657 rücksichtigen. Das Sondervermögen wird für intelligente
658 Programme zur Dekarbonisierung der Berliner Wirtschaft
659 genutzt werden. Damit wird eine Hebelwirkung für wei-
660 tere Dekarbonisierungsschritte erreicht. Mobilität, indus-
661 trielle Gesundheitswirtschaft und Energie sind die zen-
662 tralen Wachstumsmotoren unserer Stadt sowie der ge-
663 samten Region. Hier müssen wir verstärkt nachhaltiges
664 Wachstum und gute Arbeit mit tarifgebundenen und mit-
665 bestimmten Arbeitsplätzen schaffen.

666 In vielen Branchen entsteht eine Vielzahl neuer Beschäfti-
667 gungsfelder und ganz neue Berufsbilder. Arbeitsmarktpo-
668 litik, Aus- und Weiterbildung sind in den nächsten Jahren
669 zentrale Handlungsfelder, denen mehr Aufmerksamkeit
670 und auch zusätzliche Mittel zukommen müssen. Bei den
671 sogenannten Klimaberufen werden Arbeits- und Fach-
672 kräfte schon längst händeringend gesucht, vor allem auch
673 im Handwerk. Gleichzeitig haben immer noch zu viele
674 junge Menschen in Berlin keinen Zugang zu einer Arbeit,
675 die fair bezahlt wird. Wir setzen uns weiterhin dafür ein,
676 junge Menschen, insbesondere Frauen, für die teils hand-
677 werklich geprägten Klimaberufe zu begeistern. Alle jun-
678 gen Menschen haben einen Anspruch auf eine gute Aus-
679 bildung. Die Ausbildungsquoten sind in Berliner Betrieben
680 jedoch teilweise noch zu niedrig. Wir erkennen die Bemü-
681 hungen an, auf freiwilliger Basis die Lücke zwischen Aus-
682 bildungswilligen und Ausbildungsplätzen zu schließen.
683 Wenn dies nicht gelingt, dann muss das Gesetz zur Ausbil-
684 dungsumlage zügig umgesetzt werden. Die Anstrengun-

685 gen der Bundesregierung für die Fach- und Arbeitskräf-
686 tezuwanderung unterstützen und fördern wir. Gleichzei-
687 tig setzen wir uns dafür ein, dass gezielte Umschulungs-
688 programme in Zusammenarbeit mit Ausbildungsbetrie-
689 ben erstellt werden, um Umschüler*innen sowie Geflüch-
690 teten den Einstieg in diese Berufe zu erleichtern.

691 Für das Gelingen der Transformation brauchen wir alle Ta-
692 lente, die jüngeren und auch die älteren. Das bedeutet u.a.
693 auch die Unterstützung bei der Weiterqualifizierung, die
694 langfristige Sicherung der Arbeitsverhältnisse und die Fo-
695 kussierung auf gute Arbeit in einem zunehmend digita-
696 lisierten und automatisierten Arbeitsumfeld. Wir werden
697 dafür sorgen, dass Arbeitnehmer*innen nicht als Verlie-
698 rer*innen aus der Transformation hervorgehen, sondern
699 vielmehr am Fortschritt teilhaben, sozial abgesichert sind
700 und Zugang zu den neuen Berufen und Tätigkeiten haben.

701 Wir werden dazu massiv in Bildung, Ausbildung und Qua-
702 lifizierung investieren.

703 Darüber hinaus gilt es, Unternehmen in der Transforma-
704 tion bei der Anpassung an veränderte Marktbedingungen
705 wie beispielsweise bei den Energiepreisen, zu unterstüt-
706 zen. Für eine international konkurrenzfähige Industrie ist
707 ein konkurrenzfähiger Industriestrompreis essenziell. Da-
708 für werden wir uns gekoppelt mit einer klaren Verpflich-
709 tung zum Aufbau erneuerbarer Energien auf Bundesebe-
710 ne genauso einsetzen wie für faire Netzentgelte, die Netz-
711 kosten, die durch den Ausbau von Erneuerbaren Energi-
712 en entstehen, austarieren. Bei der Inanspruchnahme des
713 Industriestrompreises sind Transformationsverpflichtun-
714 gen, Tarifbindung sowie Standort- und Beschäftigungsga-
715 rantien Voraussetzung.

716 Subventionen dürfen nicht notwendige Strukturanpas-
717 sungen verhindern und sind darauf stets zu prüfen, um
718 notwendige Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung
719 und Modernisierung technischer Anlagen zu beschleu-
720 nigen. Mit einer ambitionierten Investitions- und För-
721 derpolitik werden wir die Anpassungsfähigkeit, Innova-
722 tionskraft und Krisenfestigkeit (Resilienz) der hiesigen
723 Wirtschaft stärken sowie die Umsetzung innovativer Ge-
724 schäftsideen und Produkte von den Prototypen bis zur
725 Marktreife unterstützen. Die Internationalisierung unse-
726 rer Wirtschaft werden wir ebenso unterstützen.

727 Unternehmen brauchen Platz. Deswegen dürfen Konkur-
728 renzen um Räume nicht für die Entwicklung Berlins wich-
729 tige Gewerbeflächen reduzieren. Vielmehr muss es auch
730 angesichts des dringenden Fachkräftebedarfs intelligente
731 Verknüpfungen von Bedarfen geben – zum Beispiel von
732 Gewerbe, Werkswohnen und Betriebskitas. Die Initiative
733 zur Gründung eines Azubiwerkes für bezahlbares, teilwei-
734 se barrierefreies Azubiwohnen unterstützen wir. Wir for-
735 dern den Senat auf, für Werks- und Azubiwohnen unter
736 Einbindung der Sozialpartner initiativ zu werden und zu
737 prüfen, wo zum Beispiel mit Landesgrundstücken unter-

738 stützt werden kann.

739 Mit der Urban Tech Republic in Tegel wird beispielsweise
740 ein riesiges Innovationszentrum mitten in der Stadt ent-
741 stehen, das die Zukunft der Städte und des urbanen Le-
742 bens beeinflussen wird. Hier werden urbane Technologien
743 erforscht, entwickelt, produziert, getestet und exportiert.
744 Mit dem Schumacher Quartier entsteht ein Leuchtturm-
745 Projekt für ein nachhaltiges und sozial gemischtes Wohn-
746 quartier.

747 Wo es um grundsätzliche Weichenstellungen für
748 Industrie- und Gewerbeflächen sowie Werkswoh-
749 nungen geht, sind die Sozialpartner*innen einzubinden,
750 damit alle Belange berücksichtigt werden und schnelle
751 Umsetzung ermöglicht wird. Um bei Gewerbeflächen als
752 Land mehr Entscheidungshoheit zu erhalten, sollte Berlin
753 insbesondere brachliegende Gewerbeflächen vermehrt
754 erwerben, um Spekulation zu vermeiden. Dazu sollte
755 der Boden-Ankaufsfonds des Landes Berlin finanziell
756 gestärkt werden. Außerdem regen wir die Gründung
757 einer landeseigenen Gewerbebaugesellschaft an, welche
758 Gewerbeflächen besitzt und selbst entwickelt. Damit
759 kann der Verdrängung von produzierendem Gewerbe,
760 sozialen Trägern, kulturellen Einrichtungen und von
761 Handwerksbetrieben entgegengewirkt werden. Dies
762 sollte in Kooperation mit der WISTA umgesetzt werden.

763 Mit Erneuerbarer Energie und grünem Wasserstoff kann
764 die Hauptstadtregion in vielen Bereichen Benchmark für
765 nachhaltige Produktion werden. Wir betrachten dabei die
766 gesamte Wertschöpfungskette und setzen uns deshalb
767 dafür ein, dass Forschung, Entwicklung, Herstellung sowie
768 Montage und Wartung erneuerbarer Technologien in un-
769 serer Region angesiedelt werden. Dazu muss die Berliner
770 Politik mit Brandenburg eine gemeinsame Standort- und
771 Industriepolitik mit einer länderübergreifenden Entschei-
772 dungsstruktur schaffen. Bis 2030 wird ein Wasserstoff-
773 Startnetz für Berlin aufgebaut, das in einem ersten Schritt
774 große Netzanschlüsse wie Heizkraftwerke mit Wasser-
775 stoff versorgen kann. Unabdingbar ist dafür ein Anschluss
776 Berlins an das Wasserstoff-Backbone und eine enge Zu-
777 sammenarbeit mit Brandenburg und dem Bund.

778

779 **Energiewende hin zu erneuerbaren Energien**

780

781 Um klimaneutral zu werden, muss Berlin eine konsekuen-
782 te Energiewende hin zur vollständigen Versorgung mit er-
783 neuerbaren Energien anstreben. In Zukunft sollen Strom
784 aus regenerativen Quellen und Wasserstoff statt Kohle,
785 Erdgas und Erdöl für eine saubere Energie- und Wärmever-
786 sorgung, Industrieproduktion und Schwerlastverkehr sor-
787 gen. Wir werden bestehende Hürden beim Ausbau von
788 Solar- und Windenergie, auch bei denkmalgeschützten
789 Bauten, und bei Balkonkraftwerken identifizieren und be-
790 seitigen, etwa in der Berliner Bauordnung. Wir werden

791 mit Bundesratsinitiativen entsprechende Änderungen in
792 der Bundesgesetzgebung anregen, um z.B. sog. Mieter*in-
793 nenstrommodelle sowohl für Mieter*innen als auch für
794 Gewerbe attraktiver zu machen. Gleichzeitig bedarf es
795 auch einer Förderung zum Tausch von energieineffizien-
796 ten Haushaltsgeräten zur Senkung des Energiebedarfs.
797 Der Masterplan „Solarcity“ ist unser Fahrplan für die So-
798 larstromwende auf den Berliner Dächern. Er beinhaltet
799 konkrete Ziele wie das Ausbauziel von 12 Prozent Solar-
800 strom im Berliner Netz bis 2026 und 25 Prozent Solarstrom
801 an der Berliner Stromerzeugung bis 2035 sowie 100 Pro-
802 zent Ökostrom im Berliner Stromsektor bis 2040. Das Ber-
803 liner Solargesetz und das Berliner Energiewende-Gesetz
804 flankieren diesen Fahrplan mit verbindlichen Pflichten
805 zum Bau von Solaranlagen, sowohl auf privaten wie öf-
806 fentlichen Gebäuden. Gerade die öffentliche Hand muss
807 hier ihrer Vorbildfunktion gerecht werden, indem alle lan-
808 deseigenen Unternehmen und Betriebe, wie das Land Ber-
809 lin bereits seit vielen Jahren, nur noch zertifizierten Öko-
810 strom verbrauchen und diesen möglichst selbst erzeugen,
811 sofern dies technisch möglich ist. Das „SolarReadiness“-
812 Programm ist zu einem „SolarPowering“-Programm wei-
813 terzuentwickeln und das SolarPLUS Programm wird fort-
814 geführt und aufgestockt.

815 Die 2016 gegründeten Berliner Stadtwerke sind inzwi-
816 schen ein anerkannte Kompetenzpartner für nachhalti-
817 ge Energieversorgung, der nicht nur komplexe Planungen
818 und Beratung leistet, sondern auch innovativer Energie-
819 erzeuger ist. Sie sind zu echten „Klimawerken“ gewor-
820 den, die gerade die solare Stromerzeugung auf öffentli-
821 chen Gebäuden wie auf Schulen und Rathäusern schnell
822 und zuverlässig organisieren, Windkraftanlagen betrei-
823 ben und zunehmend auch für den nachhaltigen Betrieb
824 von Nahwärmenetze in klimaneutralen Quartieren ste-
825 hen. Sie betreiben ein umfangreiches Ladensäulennetz
826 und sind damit ein wichtiger Player bei der E-Mobilität in
827 der Stadt. Wir werden die Berliner Stadtwerke weiter stär-
828 ken und ausbauen.

829 Bei der Ausstattung von Schul- und Sporthallendächern
830 mit Solaranlagen oder Gründächern durch die Stadtwer-
831 ke muss die begleitende Information und Aktivierung der
832 Nutzer*innen zwingender Bestandteil werden, in dem in
833 der Regel 5 Prozent der Investitionssumme für die Nut-
834 zer*innenmotivation einkalkuliert werden. Allein durch
835 verhaltensbedingte Änderungen der Nutzer*innen lässt
836 sich der Energieverbrauch von Gebäuden nachweislich
837 um bis zu 10 Prozent reduzieren. Wir streben an, die Ver-
838 brauchsdaten für Wärme und Strom von öffentlichen Ge-
839 bäuden in Berlin monatlich digital zu erfassen und regel-
840 mäßig zu veröffentlichen. Transparenz kann dabei helfen,
841 die wichtigsten „Klima-Baustellen“ frühzeitig zu erken-
842 nen, gegenzusteuern und alle Nutzer*innen eines Gebäu-
843 des aktiv einzubeziehen. Die Außenanlagen sind unter Be-

844 rücksichtigung der Bedürfnisse der Schüler*innen, der Be-
845 lange des Umwelt- und Klimaschutzes, der Barrierefrei-
846 heit und der standortspezifischen, fachlich notwendigen
847 Nutzungsmöglichkeiten für Sport und Bewegung so weit
848 wie möglich zu entsiegeln und als "grüne Pausenhöfe" zu
849 gestalten.

850

851 **Nachhaltiges Stadtgrün ist Klimaschutz**

852

853 Berlin als wachsende Großstadt braucht dringend mehr
854 und sehr viel besser gepflegte öffentliche Grünanlagen,
855 Stadtgrün, Wälder und Gewässer. Denn sie sind die Grund-
856 voraussetzung, dass wir uns an die nicht mehr vermeid-
857 baren Folgen des Klimawandels anpassen und damit die
858 Lebensqualität sichern können. Gleichzeitig sind diese Or-
859 te auch die Lebensräume tausender, in Berlin heimischer
860 Tierarten. Ihre Lebensräume zu schützen, ist unser ge-
861 samtgesellschaftliches Anliegen. Wir wollen Berlins Ar-
862 tenreichtum mit 20.000 verschiedenen Tier- und Pflan-
863 zenarten gezielt schützen und entwickeln. Denn dort, wo
864 Ökosysteme aus dem Gleichgewicht geraten, sehen wir,
865 wie Biotope verschwinden. Grünflächen und Forste, in de-
866 nen durch den Rückgang der Vögel Schädlinge überhand-
867 nehmen oder sich Wildbestände nicht mehr eigenstän-
868 dig regulieren, werden krank, bedürfen aufwändiger Pfl-
869 ge und verlieren an Kapazitäten, CO₂ zu binden. Sie ver-
870 lieren so schlussendlich auch an Erholungswert. Für ein
871 nachhaltiges Stadtgrün ist moderner Tierschutz essenzi-
872 ell – Tierschutz und Klimaschutz gehören zusammen.

873 Da viele Klimaschutzmaßnahmen auf der bezirklichen
874 Ebene liegen, möchten wir die Bezirke beim Klimaschutz
875 besonders unterstützen. Um beim Klimaschutz erfolg-
876 reich und effizient sein zu können, braucht es auch eine
877 Überprüfung der bezirklichen Strukturen. In Bezug auf die
878 einheitliche Ämterstruktur der Bezirksverwaltungen soll
879 daher geprüft werden, ob die Zuständigkeit für die bezirk-
880 lichen Grünflächen zukünftig wieder im Bereich Umwelt
881 angesiedelt werden kann statt beim Tiefbau.

882 Gerade in den hochverdichteten Quartieren, wo die Hit-
883 ze auch in den Nächten nicht weicht, müssen wir dafür
884 sorgen, dass mehr wohnungsnah Grünflächen zu Verfü-
885 gung stehen, mehr Gebäude begrünt werden, möglichst
886 viele Flächen wie Straßen und Parkplätze entsiegelt wer-
887 den und wir sorgsam mit dem Wasser und den Gewäs-
888 sern umgehen. Es ist auch ein Ausdruck von Umweltge-
889 rechtigkeit, wenn wir gerade in diesen Quartieren, die oft-
890 mals auch von sozialen Problemen geprägt sind, besonde-
891 re Anstrengungen unternehmen, sie mit Stadtgrün auszu-
892 statten, flankiert durch eine nachhaltige Verkehrspolitik,
893 die nicht nur die Luftbelastung und den Lärm reduziert,
894 sondern auch die Rückgewinnung öffentlichen Raums für
895 die allgemeine Nutzung bedeutet. Hitzeschutz ist für al-
896 le von existenzieller Bedeutung, weshalb wir die Entwick-

897 lung von Hitzeschutzplänen zusammen mit allen relevan-
898 ten Akteuren weiter vorantreiben.

899 An öffentlichen Plätzen sollen mehr Brunnen, Trinkbrun-
900 nen und Anschlüsse für Sprühnebel- und Nebelanlagen
901 für Hitzetagen eingerichtet werden. Sie dienen der be-
902 darfsgerechten Abkühlung des öffentlichen Raumes und
903 damit dem Hitzeschutz. Ein gezieltes Abkühlungskon-
904 zept für Menschen mit geringem Einkommen muss kos-
905 tengünstige Zugänge zu kühlen Innenräumen, öffentli-
906 chen Schwimmbädern und Erholungsbereichen bieten,
907 um eine angemessene Erholung vor extremen Hitzebe-
908 dingungen zu gewährleisten. Zusätzlich sollte eine brei-
909 te Aufklärungskampagne gestartet werden, um über die
910 Bedeutung von Hitzeschutzmaßnahmen zu informieren
911 und Empfehlungen für einfache, energieeffiziente Abküh-
912 lungsstrategien zu geben.

913 Darüber hinaus sichern sie eine unkomplizierte und für
914 die Nutzer*innen kostenlose Versorgung mit Trinkwasser
915 im öffentlichen Raum. Insbesondere in öffentlichen Ein-
916 richtungen wie Kindertagesstätten, Schulen und Sport-
917 stätten ist verstärkt die Versorgung mit Trinkwasser zu
918 nutzen, sodass Ressourcen gespart und der Gebrauch
919 von Plastikflaschen vermieden werden können. Wir wer-
920 den prüfen lassen, wie Sonnenschutzcreme an öffentli-
921 chen Badestellen, öffentlichen Spielplätzen oder in Schu-
922 len kostenlos bereitgestellt werden kann.

923 Die Stadtbaumkampagne wird fortgesetzt und weiterent-
924 wickelt – unser langfristiges Ziel sind 500.000 Straßen-
925 bäume. Wir prüfen zusätzliche finanzielle Mittel zur Pfl-
926 ge und Bewirtschaftung der Bäume. Bürgerschaftliches
927 Engagement bei der Bewässerung von Straßenbäumen
928 wird begrüßt und honoriert. „Gieß den Kiez“ ist somit ein
929 gelungenes Smart City Projekt des CityLAB Berlin, das die
930 Berliner Stadtbäume vor dem Vertrocknen schützen soll.

931 Eine der wichtigsten, wenn nicht sogar die wichtigste
932 Maßnahme zur Klimaanpassung ist der Umgang mit un-
933 serem Wasser, denn aufgrund der anhaltenden Trocken-
934 heit sinken die Grundwasserstände kontinuierlich und die
935 Oberflächengewässer trocknen zunehmend aus.

936 Wir müssen unseren Wasserverbrauch deutlich senken
937 und müssen mit den Berliner Wasserbetrieben eine breit
938 angelegte Wassersparkampagne starten und der alltägli-
939 chen Wasservergeudung Herr zu werden, denn statistisch
940 gesehen verbraucht jeder von uns über 110 Liter pro Tag
941 an Trinkwasser. Die Kampagne soll dabei nicht nur auf Pri-
942 vatverbraucher*innen ausgerichtet sein, denn das meis-
943 te Wasser wird von großen Unternehmen verbraucht –
944 sie müssen daher erstes Ziel von Sparbemühungen sein.

945 Darüber hinaus setzen wir auf die vermehrte Nutzbar-
946 machung von Abwasser zu Brauchwasser. Wichtig ist uns,
947 dass insbesondere finanzschwache Haushalte vor hohen
948 Wasserpreisen geschützt werden – Erhöhungen der Was-
949 serpreise sollten deshalb vermieden werden.

950 Wir müssen aber auch sorgfältiger mit Regenwasser um-
951 gehen. Berlin muss zur Schwammstadt werden. Wir kön-
952 nen es uns nicht mehr leisten, Regenwasser einfach in die
953 Kanalisation abzuleiten, sondern es muss durch Versicke-
954 rung und Verdunstung in den natürlichen Wasserkreislauf
955 zurückgeführt werden. Dazu müssen wir die Regenwas-
956 serentsorgung von der Kanalisation konsequent abkop-
957 peln. Das ist zu ergänzen durch lokale Maßnahmen wie
958 z.B. die Installation von Retentionsdächern, das Sammeln
959 von Wasser in abgedeckten Regentonnen oder die direkte
960 Bewässerung von Grünanlagen durch abgeleitetes Regen-
961 wasser.

962 Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Auftrag der Berliner
963 Wasserbetriebe für ein vollumfängliches Wassermanage-
964 ment in der Metropolregion erweitert wird, um neue We-
965 ge in der Stützung des Landschaftswasserhaushaltes und
966 beim Erhalt der Kleingewässer und des Stadtgrüns zu ge-
967 hen.

968 Wir müssen diese Oberflächengewässer mit ihren vielfäl-
969 tigen Funktionen für die Natur und den Menschen schüt-
970 zen, denn sie stellen für uns eine essenzielle Daseinsvor-
971 sorge dar. 70 Prozent unseres Trinkwassers gewinnen wir
972 als Uferfiltrat aus den öffentlichen Gewässern. Deshalb ist
973 es für uns wichtig, dass die Europäische Wasserrahmen-
974 richtlinie nun sicher bis 2027 umgesetzt wird.

975 Das Berliner Abfallwirtschaftskonzept mit dem Leitbild
976 „Zero Waste“ muss einen wichtigen Beitrag zur Kli-
977 maneutralität leisten. Wir setzen uns für die Einfüh-
978 rung von Pfand auf Einwegbehältnisse sowie eine Ver-
979 packungssteuer auf Landesebene ein. Wir prüfen die Ein-
980 führung eines Reparaturbonus aus Landesmitteln, um
981 (Elektro-)Abfall zu reduzieren und die positiven Effekte für
982 Handwerks- und Reparaturbetriebe wie in anderen Bun-
983 desländern zu realisieren.

984 Ökologische, klima- und sozial gerechte Nahrungsproduk-
985 tion und -verteilung im Raum Berlin ist ein wesentlicher
986 Baustein, um unsere Klimaschutzziele erreichen zu kön-
987 nen. Die Berliner Ernährungsstrategie muss dabei so ent-
988 wickelt werden, dass eine klimaneutrale und gesunde Er-
989 nährung auch die kostengünstigste ist. Dabei setzen wir
990 auf die Berliner Großküchen. Ihre Angebote erreichen kos-
991 tengünstig die gesamte Stadt und sind damit ein großer
992 Hebel Klimaschutz konkret und sozial auszugestalten. Um
993 die Kantinen dabei zu unterstützen regionale und saiso-
994 nale Angebote zu bieten, müssen wir konsequent regio-
995 nale Wertschöpfungskreisläufe aufbauen.

996 Wir setzen uns für eine nachhaltige Neugestaltung des
997 öffentlichen Raumes ein, die allen Mitgliedern unserer
998 Gesellschaft gleichermaßen zugutekommt. Die gerech-
999 te Verteilung und Zugänglichkeit dieses wichtigen Rau-
1000 mes ist von zentraler Bedeutung für eine inklusive und
1001 nachhaltige Stadtentwicklung. Dies erfordert unter ande-
1002 rem das aktive Einbeziehen von Bürger*innen in Planungs-

1003 und Gestaltungsprozesse, kompromisslose Barrierefrei-
1004 heit, die Bezahlbarkeit oder Kostenfreiheit der Angebote,
1005 eine gute Anbindung durch den ÖPNV oder Fußverkehr, in-
1006 terkulturelle Sensibilität und kontinuierliche Evaluation.

1007

1008 **Der Bund muss uns eine sozial gerechte Klimaschutzpoli-**
1009 **tik ermöglichen**

1010

1011 In der Berliner Landespolitik hat eine sozial gerechte Kli-
1012 maschutzpolitik für uns Priorität. Doch die landespoliti-
1013 schen Möglichkeiten sind beschränkt. Die Bundespolitik
1014 muss mehr dafür tun, dass die Klimaschutzpolitik auch so-
1015 zial gerecht ist. Das betrifft auch die Finanzierung.

1016 Die Kosten des Klimaschutzes werden zurzeit meist auf
1017 Mieter*innen und Verbraucher abgewälzt. Zum Beispiel
1018 bei energetischen Gebäudesanierungen profitiert der Ei-
1019 gentümer durch die Wertsteigerung seiner Immobilien
1020 und kann die Kosten mit der Modernisierungumlage
1021 dauerhaft auf die Mieter*innen umlegen. Steuerfinanzier-
1022 te Klimainvestitionen aus dem regulären Haushalt füh-
1023 ren zu geringeren finanziellen Spielräumen bei anderen
1024 öffentlichen Ausgaben – oft im sozialen Bereich. In den
1025 vergangenen Jahrzehnten wurden die Kosten des Klima-
1026 schutzes weitgehend auf die Bürger*innen abgewälzt,
1027 entweder unmittelbar bei Mieten und Preisen oder mit-
1028 telbar durch zusätzliche Finanzierung aus dem Staats-
1029 haushalt. Beides führt zu erheblichen Verwerfungen und
1030 ist ungerecht. Um die anstehenden Aufgaben beim Kli-
1031 maschutz sozial gerecht gestalten zu können, benötigen
1032 wir deshalb neue, zusätzliche Finanzierungswege. Wir un-
1033 terstützen das von der Bundesregierung geplante Klima-
1034 geld und fordern eine schnelle Einführung. Das Klimageld
1035 soll aus den Einnahmen der CO₂-Steuer finanziert werden
1036 und die durch diese Steuer steigenden Energiekosten so-
1037 zial ausgleichen.

1038 Wir fordern vom Bund eine dritte Finanzierungssäule für
1039 den Klimaschutz, mit der auch die großen Unternehmen,
1040 die in der Krise kräftig verdient haben, sowie die Ver-
1041 mieter*innen großer Wohnungsbestände, an den Kosten
1042 der Klimakrise beteiligt werden. Dazu müssen große Ver-
1043 mögen und Konzernprofite stärker herangezogen wer-
1044 den. Die Unternehmensbesteuerung sollte dahingehend
1045 umgestaltet werden, dass Steuermäßigungen nur noch
1046 bei Reinvestitionen mit der Verknüpfung mit Nachhal-
1047 tigkeitszielen wie Klimaneutralität, Biodiversitätsschutz
1048 oder guter Bildung gewährt werden. Außerdem muss der
1049 Bund prüfen, wie Gewinnbegrenzungen durch die Regu-
1050 lierung von Preisen in allen Sektoren der Daseinsvorsorge
1051 möglich sind. Insbesondere die sogenannte Gewinninfla-
1052 tion ist z.B. durch preisrechtliche Eingriffe zu unterbinden.
1053 Die jetzt notwendigen Ausgaben für die Energiewende,
1054 die Wärmewende und die Mobilitätswende sind notwen-
1055 dige Zukunftsinvestitionen. In Krisenzeiten darf nicht ge-

1056 spart, sondern muss in die Zukunft investiert werden.
1057 Auch verfallene und klimaschädliche öffentliche Infra-
1058 strukturen sind indirekte Schulden und fallen kommen-
1059 den Generationen zur Last. Die Schuldenbremse gefähr-
1060 det Investitionen, den Klimaschutz und unsere wirtschaft-
1061 liche Zukunft. Wir bekräftigen unsere Beschlusslage, die
1062 Schuldenbremse im Grundgesetz ganz abzuschaffen und
1063 durch eine neue „Goldene Regel“ zu ersetzen, die Inves-
1064 titionen ermöglicht und nicht verhindert. Solange dies
1065 mangels verfassungsändernder Mehrheit nicht möglich
1066 ist, sind die bestehenden Spielräume der Schuldenbrem-
1067 se vollumfänglich zu nutzen. Dies gilt insbesondere für
1068 die Erklärung von Notlagen und die Nutzung von „finan-
1069 ziellen Transaktionen“ wie Kapitalerhöhungen. Der Bund
1070 ist daher gefordert, ebenfalls eine Klima- und Transforma-
1071 tionsnotlage zu erklären. Maßnahmen auf Bundesebene
1072 zum Klimaschutz und zur Gestaltung der Transformation
1073 können so bis zur Erreichung der Klimaneutralität finan-
1074 ziert und Maßnahmen der Länder und Kommunen ange-
1075 messen kofinanziert werden. Beteiligungen des Bundes,
1076 bspw. die Bahn AG oder die BImA, können in stärkerem
1077 Maße schuldenbremsenkonform mit Eigenkapital ausge-
1078 stattet werden, um die anstehenden Investitionsausga-
1079 ben der Verkehrswende und des Wohnungsbaus zu finan-
1080 zieren. Die existenzbedrohende Klimakrise hat Deutsch-
1081 land und Berlin erreicht, und wir dürfen keine Priorität auf
1082 kurzfristige Sparziele setzen. Wir fordern, im Grundgesetz
1083 bei den Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern
1084 das Gemeinschaftsziel Klimaanpassung zu ergänzen.
1085 Bei Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor droht im-
1086 mer, dass Mieter*innen dadurch zusätzlich finanziell be-
1087 lastet werden. Doch an vielen Orten ist bei den Mieter*in-
1088 nen die Belastungsgrenze erreicht. Wir fordern vom Bund,
1089 dass den Bundesländern schärfere Mietbegrenzungen er-
1090 möglicht werden. Dazu muss es im Bundesrecht eine
1091 Öffnungsklausel für die Länder geben, damit die Länder
1092 selbst Mietbegrenzungen wie einen Mietendeckel festle-
1093 gen können. Wir setzen uns auch dafür ein, dass der Bund
1094 die Modernisierungsumlage sozial ausgestaltet und si-
1095 cherstellt, dass bei Einführung ordnungsrechtlicher Pflich-
1096 ten zur Sanierung und bei Einbau neuer Heizungen die Er-
1097 füllung gefördert werden kann.
1098 Um die Mobilitätswende weiter voranzutreiben, sind auch
1099 weitere finanzielle Mittel des Bundes notwendig. Das er-
1100 folgreiche Deutschlandticket muss zu einem sozial ver-
1101 träglichen Preis fortgesetzt werden – der Bund muss dazu
1102 seinen Anteil beitragen. Gleiches gilt für Investitionen in
1103 eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur. Bundesmittel für
1104 Autobahnen sollen grundsätzlich umwidmungsfähig sein
1105 für Projekte im Bereich Rad- und Schienenverkehr.
1106 Für die Stärkung eines nachhaltigen Wachstums mit gu-
1107 ter Arbeit sind neben den bestehenden landesrechtli-
1108 chen Vorgaben ist ein flankierendes Bundestariftreuege-

1109 setz dringend erforderlich. Zur Stärkung der Tarifbindung,
1110 des fairen Wettbewerbs und der sozialen Nachhaltigkeit
1111 muss auch die öffentliche Auftragsvergabe des Bundes an
1112 die Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrages der je-
1113 weiligen Branche gebunden sein.

1114 Im Bereich klimarelevanter Gesetzgebung fordern wir im
1115 Bund eine zentrale Stelle, an die Hemmnisse beim Aus-
1116 bau erneuerbarer Energien sowie beim energetischen Sa-
1117 nieren gemeldet werden können, um sie sehr zeitnah in
1118 konkreten Novellen zu beheben. Ferner wird sich die SPD
1119 Berlin dafür einsetzen, dass der Bund die Datenlage in Be-
1120 zug auf die energetischen Zustände der Gebäude verbes-
1121 sert. Dies ist für die Wärmeplanung, für die Auswahl und
1122 Festlegung geeigneter Maßnahmen und für den Vollzug
1123 des gebäudebezogenen Energierechts dringend notwen-
1124 dig. Dazu muss der Bund die Gebäudeenergieausweise
1125 verbessern, vereinheitlichen und digitalisieren sowie die
1126 Voraussetzungen für die Erstellung eines digitalen Gebäu-
1127 deenergieausweises schaffen.

1128 Für die Aufbau und Ausbau von Produktionskapazitäten
1129 in strategischen Transformationstechnologien wie Ent-
1130 wicklung und Produktion von Komponenten von Solar-
1131 panelen, Batterien oder Wärmepumpen, nutzen wir För-
1132 dergelder, die der Bund auf Grundlage des neuen EU-
1133 Beihilferahmens mit der „BKR-Bundesregelung Transfor-
1134 mationstechnologien“ seit Mitte Juli 2023 befristet bis En-
1135 de 2025 ermöglicht.

1136 Lebensmittel im Müll müssen für den Handel so teuer
1137 werden, dass sparsamer Umgang mit Ressourcen für Un-
1138 ternehmen die deutlich kostengünstigere Option ist. Wir
1139 fordern vom Bund, funktionale Mehrwegsysteme zu eta-
1140 blieren. Alternativen zu Tierprodukten müssen ebenfalls
1141 mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz belegt werden,
1142 denn ohne eine Reduzierung der Massentierhaltung wer-
1143 den die Klimaschutzziele nicht erreichbar sein.

1144 Die Folgen des Klimawandels wirken nicht geschlechts-
1145 neutral: Häufig sind Frauen und Mädchen größeren Risi-
1146 ken und Belastungen ausgesetzt. Das ist auf soziale Fak-
1147 toren zurückzuführen, wie eine geschlechtshierarchische
1148 Arbeitsteilung, die Frauen und Mädchen die unbezahlte
1149 Fürsorge- und Aufräumarbeit zuweist und diskriminieren-
1150 de Geschlechternormen, die sie vielfach von der Öffent-
1151 lichkeit und von Frühwarnsystemen ausschließen sowie
1152 ein fehlender Zugang zu Ressourcen und Rechten. Um-
1153 weltkrisen und klimatische Notlagen verschärfen die Un-
1154 gleichheit zwischen den Geschlechtern und sie vertiefen
1155 Mehrfachdiskriminierung. Um den Klimaschutz mit Ge-
1156 schlechtergerechtigkeit zu verknüpfen, sollte eine Risiko-
1157 folgenabschätzung („Gender Impact Assessments“) aller
1158 geplanten Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnah-
1159 men erfolgen.

1160

1161 **Berlin in der Mitte Europas**

1162

1163 Der „European Green Deal“ ist ein Gesetzgebungspaket
1164 der Europäischen Union (EU) für eine ambitionierte Klima-
1165 politik. Es geht um CO₂-Reduktion, Umweltschutz, Kreis-
1166 laufwirtschaft, nachhaltige Landwirtschaft, erneuerbare
1167 Energien und Mobilität.

1168 Als Sozialdemokrat*innen wollen wir einen Green Deal
1169 mit rotem Kern! Bei allen umwelt- und klimapolitischen
1170 Maßnahmen müssen die sozialen Auswirkungen berück-
1171 sichtigt werden. Wenn Menschen Angst haben, dass sie
1172 sich das Wohnen oder die Fahrt zum Arbeitsplatz nicht
1173 mehr leisten können, sinkt die Akzeptanz für den Kli-
1174 maschutz. Der grüne Wandel in Europa kann nur ge-
1175 lingen, wenn Klimaschutzmaßnahmen sozial abgefedert
1176 werden.

1177 Elf Prozent der europäischen Treibhausgasemissionen
1178 stammen aus der Landwirtschaft. Aus diesem Grund soll-
1179 te auch die gemeinsame Agrarpolitik zeitnah in die Maß-
1180 nahmen und Projekte des Green Deals integriert werden,
1181 um die Einhaltung der selbstgesteckten Klimaschutz- und
1182 Emissionsreduzierungsziele zu sichern und im besten Fall
1183 zu übertreffen.

1184 Mit großer Sorge beobachten wir die Versuche der kon-
1185 servativen und rechtsextremen Parteien im EU-Parlament
1186 das europäische Klimaschutzprogramm zu verhindern.
1187 Wir stellen uns hier entschlossen gegen diese Entwicklung
1188 und werden das europäische Klimaschutzprogramm wei-
1189 ter vorantreiben.

1190 Ein wichtiger Baustein für eine soziale EU-Klimapolitik
1191 ist der Klimasozialfonds, der im April auf den Weg ge-
1192 bracht wurde. Er wurde als Teil des legislativen „Fit for
1193 55“-Pakets vorgeschlagen, das vorsieht, die Treibhausgas-
1194 emissionen bis 2030 um 55% zu senken. Der Fonds wird
1195 2026 eingerichtet und soll aus der Versteigerung von
1196 Emissionshandels-Zertifikaten bis zu einem Betrag von 65
1197 Mrd. Euro finanziert werden. Weitere 25% sollen durch na-
1198 tionale Mittel abgedeckt werden. Mit einem geschätzten
1199 Gesamtbetrag von 86,7 Mrd. Euro sollen direkte Einkom-
1200 mensbeihilfen, Investitionen in energetische Gebäudesä-
1201 nierung und nachhaltige Verkehrsmittel finanziert wer-
1202 den.

1203 Das ist wichtig, denn insbesondere der Gebäudesektor
1204 spielt eine große Rolle bei der CO₂-Reduktion. Aus den
1205 Diskussionen über das Heizungsgesetz auf Bundesebe-
1206 ne müssen wir Schlüsse für die europäische Wärmewen-
1207 de ziehen. Eine gute politische Kommunikation ist der
1208 Schlüssel, um die Akzeptanz der Bürger*innen zu gewin-
1209 nen. Die Kernbotschaft muss lauten: Die Energiekosten
1210 von Gebäuden werden mittelfristig gesenkt und die EU
1211 unterstützt Mieter*innen und Hauseigentümer*innen mit
1212 Mitteln aus dem Klimasozialfonds. Wir senken langfris-
1213 tig die Rechnungen der am meisten von Energiearmut be-
1214 drohten Haushalte – davon profitieren Gruppen, die wir

1215 als Sozialdemokrat*innen besonders unterstützen müs-
1216 sen Familien, Migrant*innen und Frauen. Das ist Klimapo-
1217 litik aus einer intersektionalen feministischen Perspekti-
1218 ve.

1219 Der aktuelle Bericht des Weltklimarates zeigt, dass
1220 die Weltgemeinschaft bis 2050 klimaneutral werden
1221 muss, wenn wir das Ziel von maximal 1,5 Grad Erder-
1222 wärmung einhalten wollen. Der globale Süden leidet
1223 schon heute massiv unter den Folgen des Klimawan-
1224 dels. Die EU strebt Klimaneutralität bis 2045 an. Das
1225 EU-Emissionshandelssystem ist ein wichtiger Hebel, um
1226 dieses Ziel zu erreichen. Deshalb müssen wir es stärken
1227 und dafür sorgen, dass die größten Emittenten von CO₂
1228 für die vollen Folgekosten der Treibhausemissionen auf-
1229 kommen. Der Mindestpreis pro Tonne CO₂ sollte daher
1230 schrittweise erhöht werden, sodass er 2030 den realen
1231 Kosten entspricht. Dazu müssen Emissionszertifikate
1232 graduell reduziert werden. Kostenlose CO₂-Zertifikate für
1233 den Flugverkehr sollen bis 2026 abgeschafft werden. Auch
1234 der außereuropäische Flugverkehr (mit Start oder Lan-
1235 dung in der EU) sollte ebenfalls Teil des Emissionshandels
1236 werden. Die in diesem Jahr beschlossene Erweiterung
1237 des Europäischen Emissionshandels auf den Transport-
1238 und Gebäudesektor ist ein großer Fortschritt auf dem
1239 Weg zur Klimaneutralität. Im Einklang mit dem Pariser
1240 Klimaabkommen setzen wir uns zudem für eine Harmo-
1241 nisierung der CO₂-Bepreisung mit Europas wichtigsten
1242 Handelspartnern ein – mit dem langfristigen Ziel eines
1243 globalen CO₂-Mindestpreises.

1244 Außerdem wollen wir Zukunfts-Technologien (z.B. So-
1245 larindustrie, Batterieproduktion sowie weitere strategi-
1246 sche Sektoren) gezielt wieder in der EU ansiedeln und
1247 die nachhaltige Transformation der europäischen Indus-
1248 trie unterstützen. Wir begrüßen die ambitionierten Zie-
1249 le des REPowerEU-Vorhabens, um Europas Abhängigkeit
1250 von fossilen Brennstoffen bis 2030 signifikant zu senken.
1251 Die Netto-Null-Industrie-Verordnung mit – u. a. dem Ziel
1252 der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren – ist ein
1253 wichtiger Schritt, um die Wertschöpfungskette zu einem
1254 großen Teil nach Europa zurückzubringen und qualifizier-
1255 te Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei werden wir die Elek-
1256 trifizierung weiter vorantreiben sowie die Produktion von
1257 erneuerbarem Wasserstoff und dessen Nutzung in schwer
1258 zu dekarbonisierenden Sektoren priorisieren, etwa in der
1259 Stahl-, Zement- und Papierindustrie, und in der Luft- bzw.
1260 Schifffahrt sowie dem Schwerlastverkehr. Der Aufbau ei-
1261 ner Wasserstoffinfrastruktur muss einhergehen mit dem
1262 weiter beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energi-
1263 en.

1264 Wir wollen raus aus der Wegwerfgesellschaft. Angesichts
1265 von Ressourcenknappheit und der negativen Umweltaus-
1266 wirkungen des Materialverbrauchs, gehört der Kreislauf-
1267 wirtschaft die Zukunft. Dazu gehören eine höhere Res-

1268 sourceffizienz sowie die Wiederaufbereitung und Nut-
1269 zung von Abfällen in der Industrie. Auch im IKT-Sektor
1270 denken wir die Nachhaltigkeit mit und setzen auf En-
1271 ergieeffizienzmaßnahmen. Dies gilt sowohl für eine in-
1272 telligente Wärmenutzung im Gebäude-Sektor als auch
1273 bei Smart City-Ansätzen. Nachhaltigkeits-Mechanismen
1274 müssen auch hier EU-weit verankert werden. Gleichzeitig
1275 machen wir uns im Sinne einer Steigerung der Resilienz
1276 von Importen aus Drittstaaten unabhängiger und fördern
1277 die Rohstoffproduktion innerhalb der EU unter strengen
1278 Umwelt- und Sozialstandards.

1279 Neben diesen Investitionen in die Zukunft müssen wir na-
1280 türliche Lebensräume stärker schützen als dies bisher der
1281 Fall war. 81 Prozent der geschützten Lebensräume in Euro-
1282 pa befinden sich in einem unzureichenden oder schlech-
1283 ten Zustand. Wir müssen unsere wertvollen Ökosysteme
1284 sowie die Artenvielfalt wiederherstellen und schützen!
1285 Dafür werden wir Sozialdemokrat*innen in der nächsten
1286 Legislaturperiode die nötigen Maßnahmen treffen, um
1287 das Biodiversitätsabkommen von Montreal und die EU-
1288 Biodiversitätsstrategie umzusetzen. Wir werden ein ambi-
1289 tioniertes Gesetz zur Bodengesundheit verabschieden so-
1290 wie einen Fonds für die Wiederherstellung der Natur ein-
1291 richten, um der um sich greifenden Flächenversiegelung
1292 und dem Verlust natürlicher Lebensräume in der EU ent-
1293 gegenzuwirken.

1294 Die Klimakrise ist auch eine globale Gerechtigkeitskrise:
1295 von den reichsten zehn Prozent der Menschheit verur-
1296 sacht, ist sie jedoch besonders stark in ärmeren Staaten
1297 des zu spüren, die bereits jetzt mit ihren verheerenden
1298 Konsequenzen zu kämpfen haben. Aus diesem Grund ist
1299 es unabdinglich, dass Europa und Deutschland in der Ge-
1300 staltung der eigenen grünen Transformation solidarisch
1301 mit der internationalen Gemeinschaft, und insbesonde-
1302 re mit besonders vulnerablen Staaten, vorangehen. So
1303 sollten beispielsweise EU-Regelungen sicherstellen, dass
1304 Energie-Importe keine weiteren Ressourcen in den Pro-
1305 duktionsländern, wie Wasser oder Land, verknapfen und
1306 damit die nachhaltige Entwicklung vor Ort beeinträchti-
1307 gen. Die Berliner SPD setzt sich für eine Bildungsoffensi-
1308 ve ein, um landesweit an Schulen und in Unternehmen
1309 eigenständige Maßnahmen zur Umsetzung der Berliner
1310 Nachhaltigkeitsstrategie anzuregen.

1311 Ohne Frieden, ist alles nichts. Klimaschutz und soziale Ge-
1312 rechtigkeit sind Jahrhundertaufgaben, die in eine aktive
1313 Friedenspolitik und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten
1314 Nationen eingebettet sein müssen. Die Berliner SPD setzt
1315 sich für die Konzeption, Finanzierung und Errichtung ei-
1316 nes Forums für Frieden und Völkerrecht ein, in dem die
1317 Kompetenzen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirt-
1318 schaft, Medien und Politik zusammengeführt werden, um
1319 die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele in Berlin zu
1320 fördern und zu verstetigen.

1321

1322 **Sozial, klimaneutral, innovativ und bezahlbar!**

1323

1324 Die Jahrhundertaufgabe, die vor uns liegt, ist der Klima-
1325 schutz. Die Berliner SPD gestaltet die Transformation ak-
1326 tiv mit. Dabei vertrauen wir nicht ausschließlich auf den
1327 Markt. Soziale Härten werden ausgeglichen und niemand
1328 wird zurückgelassen. Wir sichern gute Arbeit, Mitbestim-
1329 mung in Betrieb und Unternehmen und gesellschaftliche
1330 Teilhabe durch alle Phasen der Transformation hindurch –
1331 das ist unser Zukunftsversprechen, für das wir uns auch
1332 auf der Bundesebene einsetzen. Wir wollen zeigen, dass
1333 wir Klimaschutz auch sozial gestalten können. In der SPD
1334 Berlin engagieren sich auf allen politischen Ebenen immer
1335 mehr Mitglieder in der Klimapolitik. In vielen Kreisen gibt
1336 es entsprechende Arbeitskreise. Auf Landesebene haben
1337 wir mehrere Fachausschüsse, die sich mit Themen des Kli-
1338 maschutzes befassen.

1339 Beim Klimaschutz geht es für uns nicht mehr um das Ob,
1340 sondern nur noch um das Wie: sozial, klimaneutral und für
1341 alle bezahlbar!